

Jenseits der G20: Die internationale Reformdebatte in Zeiten von COVID-19

Wie Schuldenkrisen nachhaltig gelöst werden könnten

Von Bodo Ellmers

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie stehen Schuldenkrisen ganz oben auf der Agenda der Vereinten Nationen. Die Staats- und Regierungschef*innen haben auf höchster Ebene einen umfassenden Katalog von innovativen Reformvorschlägen entwickelt. Deren Realisierung würde Schuldenkrisen schneller, fairer und nachhaltiger lösen. Um den Schritt von der Rhetorik zur Umsetzung zu machen, muss mehr politischer Druck aufgebaut werden.

Die COVID-19-Krise war ein Weckruf. Sie hat neuen Schwung in internationale Reformdebatten gebracht. Nach einigen Jahren Aktivismus, ausgelöst durch die Geierfonds-Prozesse gegen Argentinien um 2014/15, waren die Reformen in einen andauernden Dornröschenschlaf gefallen. Dies führte dazu, dass in jüngerer Zeit keine hinreichenden Innovationen stattgefunden haben, um Schuldenkrisen zu lösen – abgesehen von Veränderungen an Umschuldungsklauseln in Anleiheverträgen, den sogenannten *Collective Action Clauses* (CACs)¹.

Der Reformstau trug dazu bei, dass sich die Schuldenindikatoren in Ländern des Globalen Südens seit 2013 kontinuierlich verschlechterten und bereits vor dem COVID-19-Schock ein Rekordhoch erreichten. Die Auswirkungen der Pandemie führten für viele Länder zu einem weiteren sprunghaften Anstieg der Staats- und Auslandsverschuldung (siehe Artikel „Verschuldete Staaten weltweit“ ab S. 8).

Für Entwicklungsländer ergibt sich daraus eine doppelte Problemstellung. Einerseits drohen bei der hohen und steigenden Schuldenlast akute Schuldenkrisen, also Zahlungsausfälle. Andererseits absorbieren steigende Ratenzahlungen einen immer größeren Teil der Staatseinnahmen, sodass sie für andere Staatsaufgaben wie etwa die Bereitstellung von Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen oder soziale Sicherheit nicht mehr zur Verfügung stehen.

Reformen der Vereinten Nationen

Insbesondere der zweite Aspekt bewegte im Frühjahr 2020 die Vereinten Nationen dazu, sich wieder verstärkt mit der Lösung von Schuldenkrisen zu beschäftigen. Im April veröffentlichte UN-Generalsekretär António Guterres einen alarmierenden *Policy Brief*,² in dem er die Weltöffentlichkeit eindringlich warnte, dass die weltweite Schulden-situation sich zu einer großen Gefahr für die Ziele der Agenda 2030 entwickelt habe. Der UN-Generalsekretär forderte von der internationalen Staatengemeinschaft umgehend Reformen in Form einer dreigleisigen Strategie: sofortige Zahlungseinstellung, um Gelder für die Krisenbekämpfung freizusetzen; Schuldenerlasse für Länder, die sie benötigen; sowie eine Strukturreform der internationalen Finanzarchitektur.

Im Mai 2020 lud Guterres die Staats- und Regierungschef*innen ein, um im Rahmen des UN-Son-

derprozesses *Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond* nach Lösungen zu suchen. Ein Ruf, dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen folgten. Über den Sommer 2020 hinweg tagten sechs thematische Arbeitsgruppen, von denen sich zwei exklusiv mit dem Thema Schulden beschäftigten, sowie eine weitere mit dem eng verwandten Thema der Sicherstellung ausreichender Liquidität.³ Im Herbst legten sie das knapp 200-seitige *Menu of Options* vor, einen umfassenden Katalog aus bekannten beziehungsweise modernisierten und auch neuen Vorschlägen zur Prävention und Lösung von Schuldenkrisen.⁴

Im Bereich Zahlungsstopp wird zum Beispiel empfohlen, das Schuldenmoratorium der G20, die DSSI, zeitlich zu verlängern und auf mehr Ländergruppen auszuweiten. Beim Thema Schuldenerlass werden verschiedene Optionen diskutiert, etwa die Einbindung multilateraler Gläubiger durch Treuhandfonds oder die Einbindung privater Gläubiger über verschiedene Varianten von Schuldenumstrukturierungen über Schuldenumwandlungen bis hin zu sogenannten *buy backs*⁵.

Im Bereich der Schuldenarchitektur schlägt der Katalog vor, ein *Sovereign Debt Forum* beziehungsweise eine *Sovereign Debt Authority* einzurichten, also eine ständige Instanz und einen neutralen Ort, an dem über die Lösung von Schuldenkrisen zumindest diskutiert oder an dem sie vielleicht gar organisiert werden kann. Der Pariser Club – als Kartell der bilateralen Gläubiger des Westens – kann diese Lücke offensichtlich nicht füllen. Auch seine Erweiterung zum *Common Framework*, durch Einbeziehung Chinas, war nach diesen Kriterien kein Fortschritt.

Ohne Mandat keine nachhaltigen Reformprozesse

Der UN-Prozess war ein sogenannter *Multistakeholder*-Prozess, bei dem neben der UN und ihren Mitgliedstaaten auch der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Lobbygruppen aus dem Privatsektor wie das *Institute of International Finance* dabei waren. Der Optionen katalog wurde einerseits durch die Zusammenführung von Vor-

schlägen der verschiedenen *Stakeholder* entwickelt, andererseits wurde auch auf politische Befindlichkeiten Rücksicht genommen.

So kommt es, dass zwar radikale Optionen gelistet sind, beispielsweise der Vorschlag, Schuldenumstrukturierungen mittels einer Resolution des UN-Sicherheitsrats rechtskräftig und damit verbindlich zu machen. Gleichzeitig wurde jedoch einiges „weichgespült“ – so wird den multilateralen Gläubigern milde empfohlen, positive Nettoflüsse zu garantieren, also mehr Neukredite zu vergeben, als ihre Schuldner an Raten zurückzahlen. Dies, da sich die Weltbank vehement gegen ihre Einbindung in neue Schuldenerlasse wehrte.

Der Optionen katalog wurde im September 2020 auf zwei hochrangigen und gut besuchten virtuellen Events der UN diskutiert, eines auf Ebene der Finanzminister*innen, ein weiteres auf Ebene der Staats- und Regierungschef*innen. Besonders für Entwicklungsländer war die Schuldenproblematik dort ein zentrales Thema. Die kurze Redezeit erlaubte es jedoch nicht, dabei ins Detail zu gehen und die Events selbst waren nicht mandatiert, Beschlüsse zu fassen.

Auch 2021 haben die Vereinten Nationen dem Thema Schuldenkrisen höchste Bedeutung beigemessen. Im März richteten sie erneut ein hochrangiges Event aus, das sich exklusiv mit dem Thema „Schulden und Liquidität“ befasste. Der UN-Generalsekretär hatte zu dessen Vorbereitung ein weiteres Papier mit Politikoptionen zum Schuldenproblem vorgelegt.⁶ Zur Enttäuschung aller, die sich für eine nachhaltige Lösung von Schuldenkrisen einsetzen, widmeten die meisten Staats- und Regierungschef*innen ihre auf drei Minuten beschränkte Redezeit der kurzfristigen Liquiditätsproblematik, forderten zumeist eine Verlängerung der DSSI sowie eine Sonderallokation von Sonderziehungsrechten seitens des IWF.

Das Thema Umgang mit drohenden Solvenzkrise kam hingegen zu kurz. Nur wenige Redner*innen wie etwa Andrew Holness, Premierminister von

Radikale Reformvorschläge, die weichgespült wurden.

Jamaika, oder Alberto Fernández, Präsident von Argentinien, forderten Reformen der internationalen Finanzarchitektur, um so eklatante Defizite im Bereich der schnellen, fairen und nachhaltigen Schuldenrestrukturierungen zu beseitigen.

Leider fehlte dem gesamten UN-Sonderprozess das Mandat, konkrete Entscheidungen zu treffen. Auch das kurz darauf folgende *Financing for Development*-Forum des Wirtschafts- und Sozialrats der UN (ECOSOC) brachte wenig konkrete Fortschritte. Damit harren die Politikvorschläge aus dem Optionen-katalog der UN weiterhin ihrer Umsetzung.

Seit Beginn der COVID-Krise hat es die UNO versäumt, einen konkreten Gegenvorschlag vorzulegen, der über die DSSI und das *Common Framework* der G20 hinausging. Auch dadurch ist es bedingt, dass DSSI und *Common Framework* von vielen Regierungen bislang noch als alternativlos angesehen werden. Stattdessen hat sie sich auf Nebenschauplätze fokussiert und dort womöglich verzettelt. So wurde zum Beispiel relativ umfangreiche Arbeit zum negativen Einfluss von Rating-Agenturen geleistet, da die Androhung von Herabstufungen viele Länder von der Teilnahme an der DSSI abgehalten hat. Dies geschah unter anderem durch einen Bericht der unabhängigen Expertin der UN zu Schulden und Menschenrechten, Yuefen Li.⁷ Auch hat die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) einen technisch komplexen Vorschlag für eine Liquiditätsfazilität vorgelegt, bei dem durch *Swaps* und Garantien seitens der Zentralbanken wirtschaftlich starker Länder die hohen Zinskosten in schwachen Ländern gesenkt werden sollen. Zivilgesellschaftliche Gruppen kritisierten, dass UNECA dabei mit PIMCO zusammengearbeitet habe, einer privaten Investmentgesellschaft der Allianz-Gruppe, die im Anleihegeschäft aktiv ist.⁸

Die Schritte des IWF

Auch der IWF hat in der Pandemie keine klare Linie gefahren. Es gab zwar einige konzeptionelle Arbeiten zur Schuldenkrisenarchitektur und auch gelegentliche Warnrufe seitens des Managements, doch beides war eher zaghaft. Ein Dilemma des IWF war sicherlich, dass er in der Krise zunächst zur kontrazyklischen Fiskalpolitik aufrufen musste, also zu schuldenfinanzierter Ausgabenerhöhung, und

eine Betonung der Schuldenproblematik dabei kontraproduktiv gewesen wäre.

Allerdings hat der IWF mit Hilfe des *Catastrophe Containment and Relief Trust* (CCRT) die einzige „echte“ Schuldenerlassinitiative in der COVID-Krise durchgeführt.⁹ Während bei der DSSI Ratenzahlungen nur gestundet wurden, wurden durch den CCRT jene Schuldendienstzahlungen gegenfinanziert, die Schuldner des IWF in der Periode ab April 2020 auf ihre IWF-Kredite hätten leisten müssen (siehe „Ungenügende Schuldenerlasse und Austerität“ ab S. 26). Ähnlich wie bei der DSSI können sich auch hier nur Länder niedrigen Einkommens für Schuldenerlasse qualifizieren.

Der IWF hat mit dem CCRT die einzige „echte“ Schuldenerlassinitiative durchgeführt.

Der wesentliche Beitrag des IWF zur Debatte um die Reform der internationalen Schuldenkrisenarchitektur beschränkte sich auf eine Bestandsaufnahme der Optionen zur Einbindung privater Gläubiger.¹⁰ In dem im Oktober 2020 vorgelegten Papier argumentieren die Autor*innen des IWF, dass es bei der Umstrukturierung privater Anleiheschulden Verbesserungen gegeben habe. Dies durch die neuen CACs, die es leichter machen, Mehrheitsentscheidungen der Anleihehalter durchzusetzen, und damit die Prozesse beschleunigen.

Der IWF identifiziert in dem Papier allerdings auch eine Reihe neuer Herausforderungen. Dazu gehören der große Bestand an Quasi-Staatsschulden, die keine CACs enthalten, zum Beispiel bei den Schulden von Unternehmen der öffentlichen Hand, oder generell Kredite, die – anders als Anleihen – in der Regel keine CACs enthalten. Folgerichtig empfiehlt der IWF, in Zukunft auch bei Kreditverträgen und öffentlichen Unternehmen den Einsatz von CACs.

Sehr zaghaft macht er in dem Papier auch Empfehlungen, die über den vertraglichen Ansatz hinausgehen und sich auf wirksame gesetzliche Regeln erstrecken. Überwiegend wird eine Ausweitung von nationalen Anti-Geierfonds-Gesetzen empfohlen, wie es sie in einigen Ländern bereits gibt. Darüber hinaus werden einige prozedurale Verbesserungen empfohlen. So soll zum Beispiel durch mehr

Transparenz und bessere Autorisierungsverfahren verhindert werden, dass immer mehr Schulden im Globalen Süden besichert werden, indem zum Beispiel Einnahmen aus dem Rohstoffexport verpfändet werden, wie es unter anderem im Tschad geschehen ist.

Eine große Lücke im Report, wie auch in der Reaktion des IWF allgemein, ist seine Zurückhaltung bei der Ausgestaltung multilateraler Vorschläge zur Lösung von Staatsschuldenkrisen. Dies ist erstaunlich für die Institution, die Anfang der 2000er Jahre mit dem *Sovereign Debt Restructuring Mechanism* (SDRM) den bislang einflussreichsten Vorschlag in die Reformdiskussion einbrachte und sich allgemein als führendes Kompetenzzentrum für das Thema betrachtet. Diese Zurückhaltung könnte sich allerdings ändern, wenn eine neue größere Insolvenzwelle eintritt, die viele Länder gleichzeitig erfasst, und die Einbindung privater Gläubiger durch das *Common Framework* nicht wie geplant funktioniert.

Schuldenerlassinitiativen für Länder in besonderen Situationen

Die meisten Innovationen seit Beginn der Pandemie befassten sich mit der Schuldenkrise in Ländern niedrigen Einkommens. Doch auch andere Ländergruppen befinden sich in Zahlungsschwierigkeiten. Die sogenannten kleinen Inselentwicklungsstaaten (engl. *Small Island Developing States*, SIDS) hat die COVID-19-Krise besonders hart getroffen, da es zu einem fast völligen Wegfall der Tourismuseinnahmen und zum Einbruch vieler Rohstoffpreise kam. Auch von Naturkatastrophen werden SIDS überdurchschnittlich schwer getroffen, besonders von Hurrikans.¹¹

Die SIDS sind infolge solcher Probleme die am höchsten verschuldete Ländergruppe weltweit. Bereits bei der Verabschiedung der Aktionsagenda von Addis Abeba im Jahr 2015 wurde nach einer dringenden Lösung für die Schuldenprobleme kleiner Inselstaaten gerufen.¹²

Die Allianz kleiner Inselstaaten (engl. *Alliance of Small Island States*, AOSIS) hat sich während der Pandemie mit einem Vorschlag zu Wort gemeldet, wie die Schuldenkrise der SIDS nachhaltig gelöst werden könnte.¹³ AOSIS fordert einen holistischen

Ansatz, bei dem kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen ineinander greifen.

Kurzfristig soll eine Kombination von Liquiditätshilfen und geordneter Aussetzung des Schuldendienstes eine ungeordnete Welle von Zahlungsausfällen verhindern. Die Liquidität soll dabei von multilateralen Entwicklungsbanken zur Verfügung gestellt werden, die ihre Kriterien für den Zugang zu Zuschüssen und konzessionären Krediten ändern sollen. Da die meisten SIDS zu den Ländern mittleren Einkommens gehören, haben sie nur Zugang zu relativ teuren Krediten, die zu Marktbedingungen vergeben werden, nicht aber zu den zinsgünstigen Krediten von der *International Development Association* (IDA) der Weltbank-Gruppe. Ihre hohen Finanzierungskosten zählen zu den Hauptgründen, warum sie überhaupt in die Schuldenfalle geraten sind.

AOSIS fordert einen holistischen Ansatz.

Die Aussetzung des Schuldendienstes soll laut dem AOSIS-Vorschlag sofort für volle zwei Jahre gewährt werden. Ein weiterer Unterschied zur DSSI ist, dass hier auch explizit die Einbindung der Schulden bei privaten Gläubigern gefordert wird, während sich die DSSI lediglich auf bilaterale Kredite erstreckt. Nur durch diese Einbindung könne auch jenen SIDS geholfen werden, bei denen die Schulden bei privaten Gläubigern den überwiegenden Anteil der Staats- und Auslandsschulden ausmachen. Außerdem könne nur dies verhindern, dass Ersparnisse aus dem Erlass öffentlicher Schulden zum *Bailout* privater Gläubiger verwendet werden müssen.

Mittel- bis langfristig, so die AOSIS, bräuchten SIDS einen echten Schuldenerlass mittels Umstrukturierung der Altschulden. Wie ein dazu notwendiger multilateraler Mechanismus aussehen könnte, darauf hat die Allianz indes keine Antwort. Zunächst könnte ein ganzer Werkzeugkasten an Maßnahmen infrage kommen, unter anderem auch Schuldenumwandlungen zugunsten von sozialen, Gesundheits- oder Klimaschutzprojekten. Insbesondere von den sogenannten *Debt-for-Climate-Swaps* ver-

Mittel- bis langfristig brauchen SIDS einen echten Schuldenerlass mittels Umstrukturierung der Altschulden.

sprechen sich SIDS Vorteile, da sie aufgrund ihrer geografischen Lage für diese prädestiniert sind.

AOSIS betont, dass die internationale Gemeinschaft die besondere multidimensionale Vulnerabilität von SIDS anerkennen müsse und eine reine Betrachtung von Einkommen irreführend sei. Dies führe nur dazu, dass SIDS bei Initiativen wie jüngst der DSSI, die auf Ländergruppen maßgeschneidert sind, regelmäßig übergangen würden. Dies, obwohl sie für Naturkatastrophen, Klimawandel und Wirtschaftskrisen besonders anfällig seien.

Die COVID-19-Krise hat damit auch die Diskussion über die Definition von Vulnerabilität neu angefacht. Bereits seit einigen Jahrzehnten fordern SIDS einen Index, mit dem multidimensionale Vulnerabilität gemessen wird. Auch die Zivilgesellschaft hat sich des Themas angenommen. So haben erlassjahr.de und Brot für die Welt einen Index entworfen, der die Bedrohungen von Klimawandel und Pandemie aufaddiert.¹⁴

2020 wurde der UN-Generalsekretär beauftragt, sich mit dem Thema zu befassen. In seinem Report vom Juli 2021 wird der Nutzen eines universal akzeptierten Index anerkannt sowie eine Reihe von Prinzipien dafür definiert. Ist der Index einmal operationsfähig, könnte er für eine ganze Reihe von Zwecken eingesetzt werden, darunter zur Bestimmung der Allokation von Geldern, zur Entwicklung von Politikmaßnahmen, und nicht zuletzt auch für das Design von Schuldenumstrukturierungen. Allerdings meinte der UN-Generalsekretär auch, dass ein solcher Index die breite Akzeptanz der Mitgliedstaaten brauche, und spielte damit den Ball zurück an die UN-Generalversammlung. Diese soll nun eine Expert*innengruppe einsetzen, die bis Ende 2022 einen Index ausarbeiten soll.¹⁵

In Zukunft könnte ein solcher Index dazu beitragen, dass Schuldenerlassinitiativen bedarfsgerechter ausgearbeitet werden, als das bei DSSI und *Common Framework* der Fall ist. Denn diese waren allesamt nur auf Niedrigeinkommensländer (engl. *Low Income Countries*, LICs) ausgerichtet und ließen damit einige der höchstverschuldeten Länder außen vor.

Fazit und Ausblick

Die Reformdebatte bei den Vereinten Nationen ist wichtig, um den Schuldnerländern selbst eine Stimme zu geben. Die Initiativen der G20 seit Beginn der Krise befassten sich nur mit dem Schuldenproblem von Drittländern. Nur Länder niedrigen Einkommens haben Zugang zu DSSI, *Common Framework* und CCRT, aber kein einziges dieser Länder ist in der G20 repräsentiert. Die Debatte bei den Vereinten Nationen leistet damit wichtige Beiträge, um Schuldenprobleme umfassender zu diskutieren, auch in Bezug zu Schulden anderer Ländergruppen wie den kleinen Inselstaaten.

Die Debatte in den Vereinten Nationen leistet wichtige Beiträge, um Schuldenprobleme umfassender zu diskutieren.

Die UNO kann dabei auf langjähriger Vorarbeit aufbauen: Beispielsweise wurde im Rahmen der UN bereits 2012 eine Reihe von Prinzipien für die verantwortliche Kreditvergabe entwickelt. 2015 hat sich die UN-Generalversammlung auf Prinzipien für die Umstrukturierung von Staatsschulden geeinigt, beraten von einer Expert*innengruppe der UNCTAD, die zuvor eine *Roadmap* für die Lösung von Schuldenkrisen vorgelegt hatte. Ein großer Vorteil von UN-Prozessen ist, dass sie Schuldenkrisen und ihre Auswirkungen integral betrachten – also auch im Einklang mit der Förderung nachhaltiger Entwicklung, der Bekämpfung des Klimawandels und der Realisierung der universalen Menschenrechte.

Tragischerweise reichte die politische Dynamik in der Pandemie nicht aus, um fundamentale Schuldenerlassinitiativen im Allgemeinen sowie Prozesse außerhalb der G20 im Besonderen zu fördern. Die Atempause, die durch die DSSI und – wichtiger noch – die massiven Liquiditätshilfen seitens der Zentralbanken des Globalen Nordens und des IWF geschaffen wurde, wurde nicht für überfällige Reformen der Schuldenarchitektur genutzt. Im Gegenteil sind die Schuldenberge in den letzten zwei Jahren noch gewachsen, was sich dann drastisch auswirken wird, wenn das sogenannte

Die Atempause, die durch die DSSI und die massiven Liquiditätshilfen geschaffen wurde, wurde nicht für überfällige Reformen der Schuldenarchitektur genutzt.

Tapering beginnt, also Zentralbanken keine neue Liquidität mehr in die Kapitalmärkte pumpen und die Zinsen erhöhen.¹⁶

Um fundamentale Strukturreformen der Schuldenarchitektur anzustoßen, wäre es wichtig, international genügend politischen Druck aufzubauen und ein Entscheidungsmoment herbeizuführen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben die UN denn auch aufgefordert, angesichts der globalen Coronakrise einen Weltgipfel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zu systemischen Reformen einzuberufen.¹⁷ Politisch hilfreich wäre es, wenn sich die G7 für den Gipfel ausspricht, was bei entsprechendem Druck von Aktivist*innen unter der deutschen Präsidentschaft im Jahr 2022 passieren könnte. 20 Jahre nachdem der SDRM bei der ersten UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung 2002 in Monterrey heiß diskutiert wurde, könnte dieser Weltgipfel ein wichtiger Meilenstein im Reformprozess sein.

Ein Weltgipfel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau könnte ein wichtiger Meilenstein im Reformprozess sein.

- ¹ CACs sollen Mehrheitsentscheidungen bei der Umstrukturierung von Anleihen-schulden möglich machen und damit verhindern, dass eine Minderheit unkooperativer Investoren, darunter häufig auch spezialisierte Geierfonds, den Prozess sabotieren.
- ² United Nations (17.04.2020): „Debt and COVID-19. A Global Response in Solidarity“.
- ³ Die erste Gruppe behandelte die Schuldenproblematik allgemein, die zweite fokussierte auf das Thema „Einbindung privater Gläubiger“, siehe Webseite der Initiative: <https://www.un.org/en/coronavirus/financing-development>.
- ⁴ Ebd., Part II.
- ⁵ Bei „buy backs“ werden öffentliche Gelder eingesetzt, um Schulden von Krisenländern weit unter dem Nominalwert zurückzukaufen und anschließend zu erlassen.
- ⁶ United Nations (2021): „Liquidity and Debt Solutions to Invest in the SDGs. The Time to Act is Now“.
- ⁷ UN Human Rights Council (2020): „Debt relief, debt crisis prevention and human rights. The role of credit rating agencies; Report of independent expert on debt and human rights“.
- ⁸ Munevar, D. (2021): „Liquid illusions. Who really benefits from the Liquidity and Sustainability Facility?“.
- ⁹ Vgl. IWF-Pressemitteilung No 20/116 (27.03.2020): „IMF Enhances Debt Relief Trust to Enable Support for Eligible Low-Income Countries in the Wake of the COVID-19 Pandemic.“
- ¹⁰ Vgl. IWF (2020): „The International Architecture for Resolving Sovereign Debt Involving Private-Sector Creditors—Recent Developments, Challenges, And Reform Options“.
- ¹¹ Vgl. AOSIS (Juni 2020): „AOSIS Statement on Debt“.
- ¹² Vgl. United Nations (2015): „Addis Ababa Action Agenda of the Third International Conference on Financing for Development“, Paragraph 93.
- ¹³ Neben der AOSIS haben sich auch andere Schuldnerzusammenschlüsse mit konkreten Vorschlägen zu Wort gemeldet, darunter beispielsweise die *Vulnerable Twenty* (V20) mit ihrem „V20 Statement on Debt Restructuring Option for Climate-Vulnerable Nations“ vom 27.10.2021.
- ¹⁴ Brot für die Welt / erlassjahr.de (2021): „Climate Change, Debt and COVID-19“.
- ¹⁵ United Nations (2021): „Follow-up to and implementation of the SIDS Accelerated Modalities of Action (SAMOA) Pathway and the Mauritius Strategy for the Further Implementation of the Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island Developing States. Report of the Secretary-General“, S. 14-18.
- ¹⁶ Vgl. Kavaljit Singh (2021): „Why Emerging Markets Must Remain Wary of a Taper Tentrum 2.0“, Briefing Paper No. 46.
- ¹⁷ Vgl. Civil Society Financing for Development Group (o.J.): „Time for a UN Economic Reconstruction Summit. Towards a New Global Economic Architecture that works for the People and the Planet“.